

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Mario Czaja (CDU)**

vom 04. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Dezember 2019)

zum Thema:

**Kurzfristige Bereitstellung von Schulkapazitäten auf dem Lehnitzplatz in Mahlsdorf**

und **Antwort** vom 20. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Dez. 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Mario Czaja (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21829**

**vom 4. Dezember 2019**

**über Kurzfristige Bereitstellung von Schulkapazitäten auf dem Lehnitzplatz in Mahlsdorf**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Senats:

Gemäß § 109 Schulgesetz (SchulG) obliegt den Bezirken die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der allgemeinbildenden öffentlichen Schulen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Schaffung der äußeren Voraussetzungen für das Lehren und Lernen in der Schule, insbesondere der Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulen. Die schriftliche Anfrage betrifft daher Sachverhalte, die der Senat nicht oder nur teilweise in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat daher das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf um Stellungnahme gebeten.

1. Wie unterstützt der Senat die kurzfristige Bereitstellung von Schulkapazitäten auf dem Lehnitzplatz?
2. Welche konkreten Abstimmungen sind dazu zwischen Bezirk und Senat erfolgt?
3. Sind die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereits zur Verfügung gestellt?

Zu 1., 2 und 3.:

Vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf wurde bezirkliche Standort Lehnitzplatz geprüft, ob dieser für einen ständigen Schulstandort oder nur für eine temporäre schulische Nutzung geeignet ist. Im Ergebnis kam der Bezirk zur Entscheidung, dass nur eine temporäre Schulentzung sinnvoll, aber auch notwendig ist.

Gemäß dem Rundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) vom 02.08.2019 erfolgt durch den Bezirk ein Finanzierungsantrag zur kurzfristigen Schaffung zusätzlicher Schulplatzkapazitäten. Der Bezirk wird seinen Antrag an SenFin stellen, sobald die notwendigen Nachweise und Kostenschätzungen für die aufzustellenden Baukörper einschließlich Mensa, Medienanschlüsse u.a. vorliegen.

4. Erhält das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg Unterstützung durch den Senat für die Übernahme des Amtshilfeersuchens durch den Bezirk Marzahn-Hellersdorf?
5. Wie unterstützt der Senat im Falle einer abschlägigen Entscheidung des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg und ist in diesem Falle Amtshilfe durch die Stadtentwicklungsverwaltung angedacht?

Zu 4. und 5.:

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat ein temporäres Modell „Fliegendes Klassenzimmer“ entwickelt und allen Bezirken vorgestellt. Auf der Grundlage der eigenständigkeit der Bezirke kann nur ein direktes Amtshilfeersuchen zwischen den Bezirken stattfinden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn) hat keine temporären Schulbauten entwickelt. SenStadtWohn kann die Bezirke bei Modularen Ergänzungsbauten (MEB), bei Sporthallentypenbauten bzw. bei Neubauten für Grundschulen auf der Grundlage der Wettbewerbe und Ausschreibungen unterstützen.

6. Welche bauplanungsrechtlichen Fragestellungen sind bis zur Errichtung noch zu klären?
7. Welche Vorbereitungen für den Bauantrag wurden bereits getroffen?
8. Welche Medien/ Anschlüsse sind bereits vorhanden bzw. müssen erst geschaffen werden?

Zu 6., 7. und 8.:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt uns mit, dass es keine planungsrechtlichen Bedenken von Schulcontainern gegen die temporäre Errichtung von Schulcontainer für maximal 3 Jahre auf der Grünfläche des Lehnitzplatzes gibt.

Weiterhin informierte der Bezirk, dass derzeit nochmals Grundsatzabstimmungen durch den Fachbereich Baumanagement und das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt bezüglich Aufstellungen von Bauten zur Kapazitätserweiterung geführt werden. Eine abschließende Auskunft zur Medienabfrage steht noch aus. Mit Sicherheit muss davon ausgegangen werden, dass nach Lösungen alternativer Heizversorgung gesucht werden muss.

Berlin, den 20. Dezember 2019

In Vertretung  
Beate Stoffers  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie